

Ein Meilenstein der Umweltbewegung

Die Proteste gegen das Atomkraftwerk Wyhl

1

Wache im Wyhlertwald

Beginnt jeweils morgens 6 ⁰⁰	Ende nächster Tag morgens 6 ⁰⁰
Weisweil	Sa. 23. 11. 7. 12.
Sasbach	Mo. 24. 11. 8. 12.
Oberrotweil Bickersohl	Di. 25. 11. 9. 12.
Bahlringert	Mi. 26. 11. 10. 12.
Anoltern Riechertsbergert	Do. 27. 11. 11. 12.
Erbirgert	Sr. 28. 11. 12. 12.
Forchheim	Sa. 29. 11. 13. 12.
Bischhoffingen Burkheim	Sa. 30. 11. 14. 12.
Königschaffhausen	Mo. 1. 12. 15. 12.
Techtingert Leiselheim	Di. 2. 12. 16. 12.
K & W Neir Elsak	Mi. 3. 12. 17. 12.
Kerzingert Nordweil	Do. 4. 12. 18. 12.
Kiegel, Minburg Maltbög.	Sr. 5. 12. 19. 12.
Untweltsch. C. Ml - F. R.	Sa. 6. 12. 20. 12.
Zahr Wyhl	



Der besetzte Platz bleibt für die Dauer der Verhandlungen verlassen, aber bewacht!



- 1 Tafel zur Einteilung der Bauplatz-Wache in Wyhl, 1975.

Aufnahme: Willy Pragher
Vorlage: LABW, StAF W 134
Nr. 102282

- 2 Kundgebung gegen Bleiwerk Marckolsheim und Atomkraftwerk Wyhl in Sasbach, 1974.

Aufnahme: Willy Pragher
Vorlage: LABW, StAF W 134
Nr. 099572g

Wäre es nach den Plänen der Landesregierung unter Ministerpräsident Hans Filbinger gegangen, sähe der Oberrheingraben heute ganz anders aus. Die Region sollte umfänglich industrialisiert und massiv wirtschaftlich gefördert werden. Die hierfür notwendige Stromversorgung sollten neue Atomkraftwerke sicherstellen. In Baden-Württemberg war zuerst Breisach als Standort für ein Atomkraftwerk (AKW) am Oberrhein vorgesehen, 1973 kam dann der Rheinauewald bei Wyhl im Landkreis Emmendingen ins Gespräch.

Es waren vor allem die lokalen Winzer und Landwirte, die den geplanten Bau des AKW mit Sorge betrachteten, da sie um ihre Gesundheit und die Qualität ihrer Produkte fürchteten. Unterstützt wurden sie von Umweltschützern, Wissenschaftlern und Studierenden aus Freiburg und der Umgebung. Bald bildeten sich erste Bürgerinitiativen.

Eine Informationsveranstaltung mit Experten der Kraftwerksbetreiber und der Landesregierung am 9. und 10. Juli 1974 konnte die Zweifel der Bürgerinitiativen nicht aus der Welt schaffen. Als Konsequenz gründete sich am 25. August in Weisweil ein *Internationales Komitee der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen*, bestehend aus elf badischen und zehn französischen Bürgerinitiativen.

Am 18. Februar 1975 wurde der Bauplatz, auf dem am Tag zuvor mit Vorarbeiten begonnen worden war, zum ersten Mal besetzt. Die Polizei räumte den Bauplatz am 20. Februar unter Einsatz von Wasserwerfern und nahm einige Demonstrierende fest. Die Landesregierung versuchte, die Proteste in der Öffentlichkeit den linken und kommunistischen Lagern zuzuordnen, doch die Organisatorinnen und Organisatoren waren um parteipolitische Neutralität bemüht und blieben standhaft. Nach der erneuten Besetzung des Bauplatzes am 23. Februar im Rahmen einer Großdemonstration mit etwa 25.000 Beteiligten, gab es keine erneute Räumung durch die Polizei. Das

massive Aufgebot an Protestierenden zeigte die Entschlossenheit der Bevölkerung und die Bereitschaft für zivilen Ungehorsam.

Es gelang den Organisatorinnen und Organisatoren, alle Protestaktionen gewaltfrei und friedlich durchzuführen. Kulturelle, soziale und altersbedingte Gegensätze wurden zugunsten des gemeinsamen Zieles überbrückt. Die Bürgerinitiativen organisierten Expertenvorträge und Diskussionsveranstaltungen. Die Presse berichtete intensiv über die Ereignisse in Wyhl und unter dem Druck der Öffentlichkeit traten Landesregierung und Kraftwerksbetreiber schließlich in Verhandlungen mit den Bürgerinitiativen.

In der am 31. Januar 1976 geschlossenen *Offenburger Vereinbarung* verpflichteten sich Landesregierung und Kraftwerksbetreiber, sämtliche Verfahren gegen Beteiligte der Besetzungen einzustellen, den Weiterbau des AKW vorerst zu stoppen und weitere Gutachten einzuholen. Im Gegenzug wollten die Bürgerinitiativen in Zukunft auf illegale Aktionen wie Bauplatzbesetzungen verzichten und den Rechtsweg ausschöpfen. Die Dimensionen der Proteste nahmen spürbar ab, doch die Bürgerinitiativen blieben aktiv und in der Region präsent.

Die Justiz beschäftigte sich in mehreren Instanzen mit dem Bau des AKW Wyhl. Nachdem 1977 das Verwaltungsgericht Freiburg den Bau für rechtswidrig erklärte hatte, kamen 1982 wieder Befürchtungen auf, dass das AKW weitergebaut werden würde, da das Verwaltungsgericht Mannheim als letzte Instanz urteilte, dass gebaut werden darf. 1984 erklärte Ministerpräsident Lothar Späth jedoch, dass das AKW in Wyhl nicht mehr benötigt wird.

Die Bewegung in Wyhl bleibt als Vorbild für friedlichen, beharrlichen Widerstand in Erinnerung, welche die aufkeimende Anti-Atomkraft-Bewegung stärkte und zur Gründung zahlreicher weiterer Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen in Deutschland beitrug.

✱ **Annika Ludwig**

✱ Literaturhinweis

Hanno Hurth und Gerhard A. Auer: Siebenunddreißig Wyhl-Geschichten: Eine Reportage von Gerhard A. Auer («s Eige zeige»). Jahrbuch des Landkreises Emmendingen für Kultur und Geschichte 29/2015).
